

Jahresrückblick

„Wir wünschen uns eine Politik, die ideologiefrei und ehrlich ist“

Der Zusammenhalt der Fachgruppen ist so gut wie nie, aber Politik und Kassen verschließen die Augen vor den Problemen: Dr. Uwe Meier, Vorsitzender des Berufsverbands Deutscher Neurologen (BDN) und Präsident des Spitzenverband ZNS (SpiZ), zieht im änd-Jahresrückblick eine gemischte Bilanz.



©Spitzenverband ZNS Meier: „Wir dürfen uns nicht länger von politischen Ideologen oder von Verwaltungsdirektoren diktieren lassen, was eine gute Versorgung ist.“

Steigende Preise, Fachkräftemangel – und immer wieder neue Gesetzesvorhaben aus dem Hause Lauterbach. 2023 war für die Ärzteschaft erneut kein einfaches Jahr. Wie sind die Fachgruppen in Ihrem Verband durch das Jahr gekommen?

Wir sind an einem Kipppunkt. Steigende Preise durch Inflation und von den MFA zu Recht eingeforderte Gehaltsanpassungen führen zu erheblichen Kostensteigerungen. Die Dynamik einer Lohn-Preis-Spirale ist im Vertragsarztwesen nicht wirksam. Hinzu kommen ausgesprochen hohe Krankheitsausfälle bei den Mitarbeitern. Dies führt zu stetig steigenden Arbeitsbelastungen.

Diese Entwicklungen bringen uns an die Grenzen, Politik und Krankenkassen verschliessen hier sämtliche Augen. Wir haben dies noch nicht bilanzieren können. Klar ist aber, so kann es nicht weitergehen. Der Praxenkollaps muss vermieden werden, sonst bricht die Versorgung von Patienten mit Erkrankungen des Nervensystems zusammen, ohne dass dies von den verbleibenden Praxen oder Kliniken auch nur annähernd aufgefangen werden kann.

Berufspolitisch gesehen: Was ist 2023 richtig gut gelaufen?

Der Zusammenhalt unserer Fachgruppen ist so gut wie nie, zwischen Ländern und Bund und auch intersektoral. Wir haben verstanden, dass wir alle im selben Boot sitzen und dass wir uns nicht länger von politischen Ideologen oder von Verwaltungsdirektoren diktieren lassen können, was eine gute Versorgung ist. Gemeinsam entwickeln wir innovative Versorgungskonzepte und Kampagnen, die die Bedarfe unserer Patienten und die Notwendigkeit einer guten Versorgung öffentlich machen. Auch sind wir in gut vernetzt und vielseitig in politischen Gremien vertreten. Wir haben Lösungen für viele Versorgungsprobleme. Die Hände sind Entscheidungsträgern in der Politik weit ausgestreckt.

Und was richtig schlecht?

Wir sind Weltmeister in Krankenhausbehandlungen und Arztbesuchen, von Seiten der Politik wird wie eh und je das unbegrenzte Leistungsversprechen an die Wähler aufrechterhalten, ohne die Bereitschaft die hierfür erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Das ist unehrlich und ärgerlich. Vor allem aber patientenfeindlich. Priorisierung und Rationierung sind längst Alltag. Darunter leiden vor allem die schwerkranken Patienten. Dies ist nicht nur medizinethisch unhaltbar, sondern auch ökonomisch wegen hoher gesamtgesellschaftlicher Folgekosten und Krankheitslast zu kurz gedacht.

Tiefgreifende Reformen sind notwendig, die Ansätze der Bundesregierung dabei durchaus richtig. Die Exekutive ist aber eine Katastrophe, nichts ist zu Ende gedacht und es fehlt ein Masterplan. Die Folge sind ein Krankenhaussterben und ein von der Politik vernachlässigtes ambulantes Fachärztsystem, das den Ambulantisierungsdruck so nicht auffangen können, zumal die aktuellen Verhältnisse schon lange nur eine Mangelwirtschaft darstellen. Wir fahren hier mit Vollgas auf eine Wand zu. Gesundheitspolitik ohne Einbeziehung derjenigen, die die Versorgung leisten ist ein schwer zu korrigierender Kardinalfehler. Die Folgen für die Gesellschaft werden wir lange zu spüren bekommen. Und die großen Herausforderungen kommen noch: Ein großer Teil der Ärzte geht in den Ruhestand, Fachkräfte werden weniger, Arbeitsleistungen sinken bei steigenden Kosten. Und die Politik schaut im ambulanten Bereich tatenlos zu oder reagiert mit Rhetorik.

Welche Themen werden für Sie 2024 ganz vorne auf der Agenda stehen? Und wie wird sich Ihr Verband konkret für diese Themen einsetzen?

Die Bedarfe für die Versorgung neurologischer Patienten steigen von Jahr zu Jahr, einmal durch die demographische Entwicklung und der Zunahme altersassoziiierter Krankheiten, zum anderen durch den medizinischen Fortschritt. Immer mehr neurologischen Krankheiten werden immer besser behandelbar, was die Versorgung aber auch aufwändiger macht. Wir arbeiten eng und vertrauensvoll mit Hausärzten zusammen, für Patienten mit Hirnerkrankungen waren und sind wir aber mehr und mehr die Primärversorger. Gleichzeitig müssen wir immer mehr hochspezialisierte und komplexe Leistungen erbringen.

Für die Neurologie bedeutet dies, dass wir uns für Entwicklung beider Versorgungsebenen einsetzen. Neben Entbudgetierung bedeutet dies neue Vergütungsstrukturen für komplexe Leistungen und die Entwicklung neuer Organisationsstrukturen. Hier muss sich die Selbstverwaltung von alten Zöpfen befreien, anders sind wir nicht zukunftsfähig. Wir haben Lösungen und sind bereit für diese Veränderungen.

Was wäre Ihr größter Wunsch fürs nächste Jahr?

Wir wünschen uns eine Politik, die ehrlich ist, ideologiefrei und offen für Lösungen. Dies bedeutet die dringend erforderliche Aufwertung der ambulanten fachärztlichen Versorgung mit der Entwicklung innovativer Versorgungsstrukturen, die sich an Versorgungszielen und Patientenbedarfen orientiert und das Kleinklein von Partialinteressen der Selbstverwaltung überwindet. Krankenhausreformen, Ambulantisierung ohne eine starke fachärztliche Versorgung wird in der Neurologie grandios scheitern.

Weiterhin wünschen wir uns einen offenen Priorisierungsdiskurs. Gerade in der Neurologie sehen wir tagtäglich, wie besonders schwerkranke Patienten mit Hirnschädigungen Diskriminierungen von Behörden und Krankenkassen ausgesetzt sind. Wir sind auf diesem Hintergrund nicht nur Ärzte, sondern zunehmend Sozialarbeiter und Anwälte dieser Patienten. Wer sich um diese Patienten verstärkt kümmert, handelt ärztlich und ethisch richtig, aber betriebswirtschaftlich unvernünftig. Dass ein Gesundheitssystem dies alles zulässt ist unwürdig. Der größte Wunsch ist ein klarer Blick auf die Verhältnisse und ein echter Veränderungswille statt auf Dauer nicht einlösbarer Wahlkampfversprechen.

29.12.2023 08:07, Autor: ks, © änd Ärztenachrichtendienst Verlags-AG
Quelle: <https://www.aend.de/article/226654>